Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung

Von Dr. h. c. Wilhelm Engler

Du kannst Dir nicht erklären

warum Millionen arbeitsfreudiger Menschen untätig beiseite stehen müssen! Lerne die ökonomischen Zusammenhänge kennen, lies diese Broschüren:

MARX:	Lohn, Preis, Profit	**0.30**
MARX:	Das kommunistische Manifest	**0.80**
ENGELS:	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	**0.80**
LASSALLE:	Das Arbeiterprogramm	**0.65**
NAPHTALI:	Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik	**0.50**
RENNER:	Staatswirtschaft, Weltwirtschaft u. Sozialismus	**1.50**

An dieser Stelle sei gleichzeitig mitgeteilt, daß im September das große, früher dreibändige Werk:

„August Bebel: Aus meinem Leben"

erscheint. Ausstattung: bestes Papier, sauberer Druck. Umfang über 1000 Seiten. Einband: bestes Leinen. Preis 8.50 Mark, bei Vorausbestellung für Organisationsmitglieder nur 6.75 Mark

Bestellungen auf alle Bücher erledigt zuverlässig

Union-Druckerei und Verlagsanstalt G.m.b.H.

Abteilung Buchhandlung

Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstr. 136

Bücherverzeichnisse gratis

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung

Von Dr. h. c. Wilhelm Engler

A

Verlag: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Hessen und Hessen-Nassau, Frankfurt a. M.

Druck: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die vordringlichste Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die unterstützende Fürsorge für die Erwerbslosen, heute unentbehrlicher als je, ist in diesem Kampf nur ein Notbehelf zur Linderung der ungeheuer schweren sozialen Folgen, die die verfehlte kapitalistische Wirtschaftsführung mit der Krise für Millionen von Volksgenossen heraufbeschworen hat. Es bedarf darüber hinaus der Mobilisierung aller Kräfte — der geistigen und organisatorischen —, um die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu erkennen und wirksame Abhilfe durch Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten zu erreichen. Der ADGB., Bezirksausschuß Hessen und Hessen-Nassau, sieht in den nachfolgenden Ausführungen des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Frankfurt a. M. eine Diskussionsgrundlage, die geeignet ist, neue Wege zur Lösung dieser Lebensfrage der Arbeiterschaft zu erschließen.

Frankfurt a. M., im April 1930.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Bezirk Hessen und Hessen-Nassau.

Das Erwerbslosenheer – eine Dauererscheinung

Wir sind in unserer Denkweise noch immer darauf eingestellt, die Arbeitslosigkeit auf eine vorübergehende Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die Wirtschaftstheoretiker der Vorkriegszeit stellten die These auf, daß auf eine Zeit der Überproduktion eine Zeit der rückläufigen Produktion folge, um dann nach Räumung der Läger und Überwindung anderer Hemmungen wieder einem Aufschwung Platz zu machen. Wenn wir Betrachtungen anstellen über die Entwicklung der letzten Jahre und von den jahreszeitlichen Schwankungen der Arbeitslosenzahl absehen, so ergibt sich jedoch die Tatsache, daß im Gegensatz zu früher trotz steigender Produktion ein fortgesetztes Ansteigen der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen ist. Daraus geht hervor, daß die jetzt schon lange dauernde Massenarbeitslosigkeit weniger auf die Wirtschaftskonjunktur und die Höhe der Produktionsleistung zurückzuführen ist, als auf Änderungen in der Struktur der Wirtschaft und auf Verschiebungen innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten.

Über den letzteren Punkt geben uns die Ergebnisse der Berufszählung Aufschluß. In der Reichsstatistik werden alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren als erwerbsfähig gezählt. Im Jahre 1907 betrug der Anteil dieser Altersschicht an der Gesamtbevölkerung 61,5 Prozent, im Jahre 1925 dagegen 68,5 Prozent, das ergibt eine Steigerung dieser Altersschicht am Anteil der Gesamtbevölkerung von 7 Prozent. In diesem Zeitraum ist die Gesamtbevölkerung des jetzigen Reichsgebietes um 13 Prozent gestiegen und die Altersklasse der Erwerbsfähigen um 26 Prozent.

Die volkswirtschaftliche Auswirkung der Tatsache, daß unser durchschnittliches Lebensalter und damit auch die Schaffensperiode des einzelnen Menschen um einige Jahre zugenommen hat, wird noch viel zu wenig beachtet. Dieser Tatsache wird auch bei Abänderungsvorschlägen für die Invaliden- und Angestelltenversicherung zu wenig Rechnung getragen. Für den Arbeitsmarkt ist allerdings nicht ausschlaggebend, wieviel erwerbsfähige Personen nach der Statistik vorhanden sind; ausschlaggebend ist vielmehr die Zahl derjenigen, die im Erwerbsleben eine Stelle haben oder eine Stelle suchen.

Von den als erwerbsfähig Gezählten ist zunächst ein beträchtlicher Teil in Wirklichkeit nicht erwerbsfähig; manche haben auf Grund ihrer Vermögensverhältnisse nicht notwendig, einen Erwerb zu suchen. Ein großer Teil der Frauen, die im Haushalt und vielleicht nebenher im Geschäft ihres Mannes tätig sind, erscheinen in der Berufsstatistik als berufslos. In den letzten Jahren ist aber auch hier eine Verschiebung eingetreten.

Die Zahl derjenigen, die eine Stelle im Erwerbsleben suchen, ist gewaltig gestiegen.

Verarmte Rentner benutzen ihre alten Beziehungen, um wieder eine Stellung zu erlangen. Sozial-Rentner, denen früher ihre wirtschaftliche Lage ermöglichte, beim Bezug von Rente ihre Arbeitsstelle aufzugeben, müssen heute, sofern sie überhaupt noch eine Stelle haben, weiterarbeiten. Viele Familien, die es vor dem Kriege weit von sich gewiesen hätten, ihre Töchter dem Erwerbsleben zuzuführen, sind heute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu genötigt.

Durch die mit der Verarmung verbundenen Umschichtung der Bevölkerung hat der Arbeitsmarkt die schwerste Belastung erfahren,

was deutlich aus folgenden Zahlen hervorgeht: In den Berufsgruppen Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr waren im Jahre 1907 13 327 000 Personen beschäftigt, im Jahre 1925 dagegen 18 512 000. In diesem Zeitraum ist gestiegen: die Gesamtbevölkerung um 13 Prozent, die Altersschicht der Erwerbsfähigen um 26 Prozent und die Zahl derjenigen, die eine Stelle im Erwerbsleben verlangen, um 39 Prozent.

Wäre die Zahl derjenigen, die eine Stelle im Erwerbsleben verlangen, nur im gleichen Verhältnis gestiegen, wie die entsprechende Altersschicht, so würden sich im Jahre 1925 auf dem Arbeitsmarkt 1 725 000 Personen weniger befunden haben, als es tatsächlich der Fall war. Diese Entwicklung ist seit 1925 rapid weitergegangen.

Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß heute im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 2,5 Millionen Menschen mehr den Arbeitsmarkt bevölkern, als bei einer durch den Krieg nicht gestörten wirtschaftlichen Entwicklung der Fall wäre.

Wie stark die Entwicklung in dieser Richtung geht, zeigt deutlich die Tatsache, daß wir im November 1929 mehr Arbeitslose hatten als im November 1928, obwohl 200 000 Personen mehr in Beschäftigung standen als im Jahre vorher.

Verarmung erhöht den Andrang am Arbeitsmarkt

Wie stark der Arbeitszwang und die Armut bei uns die Menschen in das Erwerbsleben treiben, zeigt auch ein Vergleich zwischen Deutschland und Amerika. Während von der männlichen Bevölkerung Deutschlands ungefähr 70 Prozent und von der weiblichen ungefähr 36 Prozent, von der Gesamtbevölkerung etwa 52 Prozent, erwerbstätig sind, sind in den Vereinigten Staaten, die gleichfalls zu den arbeitsreichen Ländern gehören, nach der letzten Zählung von 1920 nur etwa 61 Prozent der männlichen und etwa 17 Prozent der weiblichen Bevölkerung, im ganzen kaum 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, erwerbstätig. Auch die Produktionsstatistik zeigt uns die Arbeitsamkeit des deutschen Volkes. Seit dem Jahre 1926 haben wir eine stark ansteigende Produktion nach Menge und Qualität. Wir hatten in den letzten Monaten des Jahres 1929 Rekordziffern in der Kohlenförderung, und da die Kohle nicht auf die Halde gelegt wurde, so darf man das als Zeichen hoher Produktion auf anderen Gebieten der Industrie ansehen.

Eine ganz besonders starke Belastung hat der Arbeitsmarkt durch das starke Anwachsen der weiblichen erwerbstätigen Personen erfahren. Vom Volkswirt ist weiter zu beachten, daß in der Landwirtschaft nur eine ganz geringe Zunahme der erwerbstätigen Personen zu verzeichnen ist, und somit der ganze Zuwachs fast nur auf die Industrie entfällt. Einen Zufluß hat der Arbeitsmarkt auch durch die Abschaffung des stehenden Heeres erfahren. Die Rückwanderung der vor dem Kriege im Ausland beschäftigten Angestellten und Arbeiter dürfte ausgeglichen sein durch den Rückgang in der Zahl von ausländischen Arbeitern, die jetzt gegenüber 1913 bei uns beschäftigt sind. Eine weitere Belastung hat der Arbeitsmarkt sicher auch dadurch erfahren, daß heute vielfach Familienangehörige beschäftigt werden, wo früher Dienstboten oder Angestellte standen; das wird bewiesen durch einen absoluten Rückgang der Zahl der weiblichen Dienstboten.

Rationalisierung, Handelsgewinne, Kapitalverschwendung

Die Auswirkung der Rationalisierung in den Betrieben durch neue Maschinen und Arbeitsmethoden auf den Arbeitsmarkt läßt sich nicht statistisch erfassen, weil die Rationalisierung des einen Betriebes sehr oft die Herstellung neuer und komplizierter Maschinen erfordert, wodurch an anderer Stelle wieder Beschäftigung entsteht. Im Baugewerbe ist die Rationalisierung weniger durch Maschinen als durch vereinfachte Bauweise erzielt worden. Im Bergbau dagegen ist seit dem Jahre 1925 durch Einführung der Maschinen, trotz bedeutend gestiegener Förderung, eine stark absinkende Zahl der Bergarbeiter zu verzeichnen. Durch technische Fortschritte und Typisierung werden auch in Zukunft weiter menschliche Arbeitskräfte frei werden, wenn die Rationalisierung keine Preissenkung und somit auch keine erhöhte Verbrauchsmöglichkeit bringt.

Die Tatsache, daß die Rationalisierung keine Preissenkung brachte, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Industrie in raschem Tempo Eigenkapital schaffen will, zu

einem beträchtlichen Teil aber auch die viel zu hohen Gewinne, die der Handel nimmt.

Wir haben Artikel, bei denen der Verbraucher mehr als das Doppelte von dem bezahlen muß, was der Fabrikant dafür erhält. In der Konfektion betragen die Zuschläge 70 bis 100 Prozent. Diese übermäßigen Handelsgewinne führen im Handel selbst wieder zu Fehlleitungen und volkswirtschaftlicher Verschwendung von Kapital. Während für die Produktion und den Wohnungsbau kein Kapital vorhanden ist, sehen wir in den Straßen der Städte die alten Kaufhäuser verschwinden und neue Handelspaläste aus dem Boden wachsen. Ohne übermäßige Handelsgewinne wäre der wirtschaftlich nutzlose Luxus in der Ausstattung der Geschäfte nicht möglich. Würde statt dessen eine Preissenkung durchgeführt, so könnte eine Verbrauchs- und Produktionssteigerung eintreten.

Aus den angeführten Tatsachen ist ersichtlich, daß es falsch wäre, wenn wir uns der fatalistischen Hoffnung hingeben würden, es käme nur darauf an, die Arbeitslosen durch Unterstützungseinrichtungen so lange über Wasser zu halten, bis wieder eine Hochkonjunktur in der Wirtschaft einsetzt. Eine Hochkonjunktur, bei der die Masse der Erwerbslosen Beschäftigung findet, kann bei den auf dem Weltmarkt und auf dem Inlandsmarkt gegebenen Verhältnissen in der freien, kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht kommen, weil das privatwirtschaftliche Interesse eine wirkliche Volkswirtschaft mit entsprechender Verteilung der Arbeit und der erzeugten Güter nicht zuläßt. Die Privatwirtschaft muß die Erzielung von Gewinn in den Vordergrund stellen; die Volkswirtschaft müßte von der Bedarfsdeckung und den Produktionsmöglichkeiten ausgehen.

Wir können auch nicht damit rechnen, daß es der Privatwirtschaft gelingen wird, einen solchen Auslandsabsatz zu erzielen, daß das Millionenheer der Arbeitslosen Beschäftigung finden könnte. Eine solche Absatzsteigerung stößt auf verschiedene Schwierigkeiten; zunächst ist darauf hinzuweisen, daß fast alle altkapitalistischen, industrialisierten Länder ebenso wie wir unter der Massenarbeitslosigkeit leiden. Rußland scheidet noch auf viele Jahre hinaus als Käufer von nennenswerten Mengen an Industrieprodukten aus. Die früheren Agrarstaaten

haben sich selbst stark industrialisiert. Alle Länder, die am Kriege beteiligt waren, mit Ausnahme von Nord-Amerika, sind durch ihre Finanz- und Währungslage gezwungen, die Einfuhr einzuschränken und nach einer möglichst hohen Ausfuhr zu trachten. Überall werden Zollmauern errichtet, und das reiche Amerika sperrt sich durch Zölle und Einfuhrsteuern am meisten ab und führt gegen die Industrien aller Länder mit Hilfe seiner Kapitalmacht einen starken Konkurrenzkampf. Diese Tatsachen erschweren Deutschland nicht nur den wirtschaftlichen Aufstieg, sondern auch die Lösung der Kriegstributfrage. Alle Staaten möchten Geld von Deutschland; kein Staat will aber die Waren von uns beziehen, aus deren Erlös wir den Kriegstribut bezahlen können. Es ist zu hoffen, daß die Annahme der Haager Vereinbarung etwas Erleichterung bringt, allzuviel dürfen wir aber nicht erwarten.

Wirkung der bis jetzt angewandten Mittel

Aus der Erkenntnis heraus, daß für die Massenarbeitslosigkeit heute andere Ursachen ausschlaggebend sind als früher, müssen wir uns auch nach anderen Hilfsmitteln zu deren Überwindung umsehen, und untersuchen, wie sich die Mittel, die bisher zur Bekämpfung der Arbeitslosennot angewendet wurden, bewährt haben. In vorderster Reihe stehen die Notstandsarbeiten. Auf diesem Gebiet ist viel geleistet worden. Besonders zu erwähnen sind die zur Förderung der Landwirtschaft durchgeführten Bodenverbesserungen durch Be- und Entwässerungsanlagen, Urbarmachung von Ödland und Förderung der Flurbereinigung. Dadurch wurde der Ertrag der Landwirtschaft gesteigert, manches kleine Besitztum auf die Größe einer Ackernahrung gebracht, was indirekte Förderung der Industrie und Entlastung des Arbeitsmarktes bedeutet. Der Förderung der Volksgesundheit dienten die Erstellung von Wasserleitungen, Kanalisierung enggebauter alter Städte und Industrieorte, die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen, sowie die Erschließung von Wohngelände durch Straßen und Kanal-

bauten. Gefördert wurde auch der Bau von Landstraßen, von Schiffahrtskanälen und Kraftwerken.

Allerdings muß gesagt werden, daß die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbslosen immer gering war.

Dadurch aber, daß die Notstandsarbeiter nach einer dreimonatigen Beschäftigungszeit ausgewechselt wurden, war es doch möglich, einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen wenigstens vorübergehend normalen Arbeitsverdienst zu geben. Es kommt auch in Betracht, daß die Arbeitsämter ein großes Interesse an der Durchführung solcher Arbeiten haben, um die Arbeitsfähigkeit der betreffenden Personen zu erhalten und um in bestimmten Fällen den Arbeitswillen zu prüfen. Vielfach waren die Notstandsarbeiten auch nur eine Vorwegnahme von Arbeiten und somit nur eine Verlegung der Arbeitslosigkeit und der Arbeit auf einen anderen Zeitpunkt.

In Einzelfällen wird der vollen Erwerbslosigkeit durch Kurzarbeit vorgebeugt. Wenn durch Kurzarbeit wöchentlich ein erheblicher Ausfall an Arbeitszeit entsteht, und die Kurzarbeit wochen- oder gar monatelang andauert, so treten für die davon Betroffenen durch Lohnausfall und geringe Unterstützung die gleichen wirtschaftlichen Folgen ein wie bei Arbeitslosigkeit. Kurzarbeiterunterstützung wirkt sich sehr oft als Unterstützung der Unternehmer aus, weil ihnen das Tragen einer Konjunkturbelastung abgenommen wird.

Als ein weiteres Behelfsmittel gegen Arbeitslosigkeit wurden in der Nachkriegszeit Gesetze und Verordnungen erlassen, die als Kündigungsschutzgesetze bezeichnet wurden. Die Arbeiter und Angestellten sind dadurch unter gewissen Voraussetzungen gegen plötzliche und willkürliche Entlassung geschützt. Diese Bestimmungen sind gewiß sehr nützlich, aber zur Lösung der Arbeitslosenfrage tragen sie auch nicht bei, denn wo niemand entlassen wird, kann auch niemand eingestellt werden; es wird nur erreicht, daß statt des A. der B. arbeitslos ist.

Alle diese kleinen Hilfsmittel treten in ihrer Bedeutung natürlich weit zurück gegen die Auswirkung der Arbeits-

losenunterstützung. Außer England hat kein Land eine so umfassende Arbeitslosenversicherung und so hohe Unterstützungssätze wie Deutschland. Trotzdem kann man auch mit der Arbeitslosenversicherung nur die wirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit mildern, aber nicht das Ansteigen der Arbeitslosenzahl hindern.

Im Winter 1928/29 hat man sich über das Ansteigen der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorwinter damit getröstet, daß die starke Kälte daran schuld sei. Das war ein Irrtum, denn wäre die Schuld wirklich zu einem wesentlichen Teile an der Temperatur gelegen, so hätte sofort im Frühling ein starkes Absinken der Arbeitslosenzahl eintreten müssen. Das war nicht der Fall, nur langsam senkte sich die Zahl der Arbeitslosen und ging nie ganz auf die Zahl vom Vorjahre zurück. Selbst im Baugewerbe hatten wir den ganzen Sommer 1929 eine hohe Zahl von Erwerbslosen. So wie jetzt, trotz des milden Winters, die Zahl der Erwerbslosen höher ist als im letzten Winter, so wird sie auch im kommenden Sommer höher sein als im letzten Sommer, weil die Zahl der Stellensuchenden zunimmt und die Rationalisierung weiterschreitet, so daß die Zahl der Erwerbslosen weiter steigt: auch bei steigender Produktion.

Die neue Fragestellung

Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß auf der einen Seite die Zahl der Erwerbslosen im ständigen Steigen begriffen ist, auf der anderen Seite Millionen von Volksgenossen Mangel leiden an Nahrung, Wohnung und Kleidung, trotzdem uns die notwendigen Rohstoffe und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dieser Notstand muß zu der Erkenntnis führen, daß ein Wirtschaftssystem, das solche Verhältnisse zeitigt, an schweren Organisationsfehlern leidet und geändert werden muß.

Volkswirtschaftlich kann es nur die eine Frage geben: Besteht die Möglichkeit, allen Erwerbsfähigen und Arbeitswilligen Beschäftigung zu geben und ist es bei dem heutigen

Stand der Dinge möglich, allen Volksgenossen das Notwendige an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kulturgütern zu schaffen? Diese Frage kann bejaht werden.

Es muß festgestellt werden, daß die bis jetzt gegen die Arbeitslosigkeit angewandten Mittel nicht zum Ziele führten. Eine Untersuchung zeigt, daß das gleiche auch zutrifft auf die meisten der landläufigen Forderungen, wie sie gegenwärtig gestellt werden. Vielfach werden Forderungen gestellt, deren Erfüllung nur den Belangen einzelner Personen oder kleiner Gruppen dienen würde. Eine der meist gestellten Forderungen gilt der Beseitigung der sogenannten Doppelverdiener. Dazu ist zu bemerken, daß es nie das Ziel einer gesunden Volkswirtschaft sein kann, irgendwelchen Personen die Arbeit zu verbieten. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage ist unmöglich, weil man es einfach nicht verbieten kann, daß die Ehefrau dort wo der Mann verdient, nicht ebenfalls dem Erwerb nachgehen darf. Mit welchem Recht will man verbieten, daß die Frau, deren Mann einen Verdienst von 200 oder 250 Mark hat, etwas hinzuverdienen darf, wenn daneben Männer sind, die allein mehr verdienen, als im anderen Falle Mann und Frau zusammen. Wer soll feststellen, welche Einkommensgrenze im Einzelfall gerecht ist? Wer soll feststellen, wo die Tätigkeit der Frau im öffentlichen Interesse geboten ist? Wie will man die Doppelverdiener in den Familienbetrieben feststellen oder gar ausschalten? Wie verhält es sich dort, wo ein Elternteil und mehrere Kinder verdienen? Eine Regierung, die diese Forderung durchführen wollte, würde sich unzählige Feinde schaffen, ohne von jemand Unterstützung zu erhalten; andererseits ist die Erbitterung eines Erwerbslosen zu verstehen, wenn es ihm trotz aller Mühe nicht gelingt, eine Stelle zu erhalten, während andere doppelt verdienen. Bei wirklich gutgestellten Doppelverdienern sollte man erwarten, daß sie aus Rücksicht auf ihre Nebenmenschen eine Stelle nicht annehmen oder darauf verzichten. In den Betrieben von Staat und Gemeinden und auch in Privatbetrieben sollten bei Entlassungen und Neueinstellungen die sozialen Gesichtspunkte immer mit berücksichtigt werden, dadurch würde sicher eine große Zahl von Doppelverdienern ausgeschaltet und es könnten dafür Erwerbslose eine Stelle finden. Auch hierdurch würde nur die Übertragung des Verdienstes von einem zum andern erreicht.

Herabsetzung der Rentenaltersgrenze?

Eine andere Forderung geht dahin, für den Bezug von Altersrente aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung die Altersgrenze auf das sechzigste Lebensjahr herabzusetzen. Die finanzielle Durchführbarkeit dieser Maßnahme kann hier nicht erörtert werden. Arbeitsmarktpolitisch könnte sich die Maßnahme nur auswirken, wenn die Renten so hoch wären, daß die Betroffenen davon wenigstens notdürftig leben könnten. Aber auch dann würde nur erreicht, daß einem bestimmten Personenkreis die Arbeitsgelegenheit entzogen wird, um sie einem anderen Kreis zu geben. Die Lasten der Arbeitslosenversicherung würden etwas leichter und die Beiträge für Invaliden- und Angestelltenversicherung müßten ganz beträchtlich steigen. An der wirtschaftlichen Struktur und dem Gesamtvolkseinkommen würde auch damit nichts geändert. Vielleicht wäre es besser, die Invalidenrente schon bei 50 Prozent Erwerbsbeschränkung zu gewähren. Wünschenswert und volkswirtschaftlich am nützlichsten wäre eine Heraufsetzung des Besuches der Volksschule vom 14. bis zum 16. Lebensjahr. Für diese Maßnahme müssen aber erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Familie und Staat geschaffen werden.

Der Streit um die Arbeitslosenunterstützung

Während die Arbeitnehmer eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und einen weiteren Ausbau der Krisenfürsorge verlangen, wird von der anderen Seite, darunter von führenden Kreisen der Wirtschaft, im Interesse der Reichsfinanzen und der Wirtschaft eine Herabsetzung der Unterstützungsleistung gefordert. Eine Herabsetzung der Unterstützungssätze könnte nur dann mit einer gewissen Berechtigung vertreten werden, wenn die Arbeitslosen in der Lage wären, an ihrem Schicksal selbst etwas zu ändern, das ist aber nicht der Fall. Gewiß gibt es Leute, die nicht arbeiten wollen, aber die Zahl dieser Leute ist im Verhältnis zur Zahl der Arbeitswilligen ganz gering, und wenn erst die, welche Arbeit wollen, Arbeit hätten, so wäre die Lösung des Restproblems nicht schwer. Es kann hier nicht erörtert werden, ob eine Erhöhung der Unterstützungssätze noch berechtigt und

finanziell tragbar ist, da in diesem Zusammenhang immer nur die volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Auswirkung erörtert werden soll. Es muß darauf hingewiesen werden, daß durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze das Gesamtvolkseinkommen keine Änderung erfährt; es wird nur auf der einen Seite durch erhöhte Beiträge und Steuern mehr genommen, um auf der anderen Seite mehr geben zu können. Es wird also nur für die Schicht der versicherten Arbeitnehmer eine andere, gleichmäßigere Einkommensverteilung erreicht, keinesfalls aber eine Produktionssteigerung oder Verbrauchssteigerung.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung

Das gleiche gilt auch für eine durchgehende Arbeitszeitverkürzung, wenn nicht auch zugleich eine Änderung unserer Wirtschaftsstruktur erfolgt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Änderung der Wirtschaftsstruktur würde nur eine Verteilung der Arbeit an mehr Personen bringen, ohne Steigerung der Produktion, und könnte somit auch nur eine gleichmäßigere Verteilung des gegebenen Arbeitsertrages erreichen. An dieser Tatsache könnte auch eine Lohnerhöhung nichts ändern. Man muß sich darüber klar sein, daß eine Festlegung der Arbeitszeit auf den jetzt gegebenen Gesamtbedarf des Volkes auch auf lange Zeit eine Festlegung aller Volksschichten auf die jetzt gegebene Menge von Verbrauchsgütern bedeuten würde. Für diejenigen, die jetzt erwerbslos sind, wäre das allerdings zunächst ein Aufstieg, für die jetzt in Arbeit stehenden aber ein Abstieg, daran könnten wie gesagt, auch Erhöhungen der Nominallöhne nichts ändern, denn letzten Endes kommt es auf den Reallohn an, mit anderen Worten auf die Menge der konsum- und absatzfähigen Güter, die die Volksgemeinschaft durch eigene Arbeit sich selbst zur Verfügung stellt. Aus dem Angeführten ist ersichtlich, daß auch die Durchführung dieser besprochenen Forderungen keine durchgreifenden und vor allem keine nachhaltigen Verbesserungen bringen kann, weil durch Erfüllung dieser Forderungen keine neuen Erwerbsmöglichkeiten und damit neue Verbrauchsmöglichkeiten geschaffen werden. Selbst wenn die Unternehmer sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit bereitfinden würden, so

würde dadurch in einzelnen Industriezweigen, vor allem in Textil- und Bekleidungsindustrie, der Auslandsabsatz wesentlich erschwert und kann diese Frage nur international gelöst werden. Der Gegensatz zwischen den Arbeitsverhältnissen in Industrie und Landwirtschaft würde noch mehr verschärft.

Ungenutzte Möglichkeiten

Wenn wir an der heutigen Wirtschaftsordnung und in Staat und Gemeinde an dem jetzt gegebenen Finanzgebaren festhalten, dann wird es auch nicht gelingen, etwa die besitzende Klasse durch Steuern und Beiträge in wesentlich stärkerem Maße für die Lasten der Arbeitslosenunterstützung heranzuziehen. In dieser Wirtschaftsordnung werden die Unternehmer, der Handel und das Kapital trotz Lohnerhöhung, trotz Beitrags- und Steuererhöhungen ihren Anteil am Arbeitsertrag vorwegnehmen, ohne die volkswirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten für eine gesteigerte Produktion auszunutzen. Wenn man diese ungenutzten Möglichkeiten ins Auge faßt, wäre man fast versucht zu sagen, daß es uns eigentlich nur an einer richtigen Verteilungsorganisation fehlt, um das, was produziert werden könnte, zu verteilen. Wir könnten die landwirtschaftliche Produktion im Laufe weniger Jahre um 30 bis 50 Prozent steigern, wir könnten aus Zellulose einen großen Teil unserer Tuchstoffe gewinnen, wir können durch Kohlehydrierung die Einfuhr von Benzin und Petroleum einschränken, sofern wir die Sache volkswirtschaftlich und nicht privatwirtschaftlich organisieren. Wir müssen die inländischen Rohstoffe soweit wie möglich an Stelle der ausländischen stellen. Wir müssen an Stelle von ausländischen Fertigfabrikaten inländische Ware kaufen, und weiten Kreisen wäre zu empfehlen, auf Auslandsreisen zu verzichten, wobei ein Teil dieser Leute durch ihr Protzentum die Deutschen im Ausland noch unbeliebt macht. Es wäre kulturell und wirtschaftlich besser, sie würden sich erst einmal in ihrer Heimat umsehen. Ausländische Konkurrenz braucht nur insoweit wirksam zu werden, als zu einer richtigen Preisbildung notwendig ist. Solange sich die anderen Länder gegen uns abschließen,

gebietet der Selbsterhaltungstrieb, daß wir national-volkswirtschaftlich denken und handeln. Leider zeigen alle Anzeichen statt den erhofften Zollabbau oder den Zollfrieden die kommende Hochschutzzollperiode an. Wir haben alle Baustoffe im Inland, und es handelt sich nur darum, die Rohstoffe in Baustoffe zu verwandeln und die Baustoffe zu Wohnungen zu formen. Arbeitskräfte sind mehr als genügend vorhanden, und doch wird diese Arbeit nicht geleistet, weil es, wie man sagt, an Geld fehlt. Hier darf an ein Wort von Friedrich Liszt erinnert werden, der, als man ihm sagte: es wäre kein Geld vorhanden um Eisenbahnen zu bauen, erwiderte: man baue die Eisenbahnen doch nicht aus Geld.

Volkswirtschaftlich betrachtet ist der Wohnungsbau und die Umstellung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion, soweit wir beim Bezug der Rohstoffe nicht auf das Ausland angewiesen sind, nicht in erster Linie eine Geldfrage, sondern eine Frage der Arbeitsorganisation.

Eine gut organisierte Volkswirtschaft, die alle Volksgenossen so gut ernähren, kleiden und behausen wollte, wie es der Stand der Technik ermöglicht, und für die Bemessung des Gesamtverbrauches die erforderlichen Unterlagen hätte, würde einfach eine entsprechende Verteilung der Arbeit vornehmen, d. h. die erforderliche Arbeitszeit festsetzen. Vom Standpunkt der Volksgesundheit aus muß die Frage nach der richtigen Arbeitszeit so beantwortet werden, wie es die Gesunderhaltung der Menschen fordert, vom Standpunkt der Kultur aus muß gefragt werden, wie lange darf ein Mensch arbeiten, um noch als Kulturmensch leben zu können. Vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus muß man aber fragen, wie lange muß gearbeitet werden, um den im gegebenen Zeitpunkt nötigen oder erwünschten Bedarf der Volksgemeinschaft zu decken. Mit der achtstündigen Arbeitszeit dürfte gegenwärtig allen Teilen Rechnung getragen sein. Denjenigen, die längere Arbeitszeit fordern, muß gesagt werden, daß wir bei achtstündiger Arbeitszeit und bei richtiger Anwendung aller menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte eine ungeheuere Steigerung unserer Produktion erzielen können. Nach der anderen Seite, die einer starken Verkürzung der Arbeitszeit das Wort redet, muß man darauf hinweisen, daß auf verschiedenen

Gebieten noch eine Menge rückständiger Arbeit zu leisten ist. Welche Unsumme von Arbeit ist allein noch zu leisten, um unsern Boden richtig nutzbar zu machen und um allen Familien eine dem heutigen Stande der Kultur und der Hygiene entsprechende Wohnung zu geben. Eine volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit wird durch folgendes Beispiel klar: Nehmen wir an, daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt bei achtstündiger Arbeitszeit alles Erforderliche produziert wurde, daß aber durch Verbesserung der Betriebseinrichtungen und Arbeitsmethoden von da ab die gleiche Gütermenge in 7½ Stunden erzeugt werden kann. In diesem Fall kann die Volksgemeinschaft entscheiden, ob sie die Gütererzeugung steigern oder die Arbeitszeit verkürzen will.

So wie die Dinge heute noch liegen, kann die volkswirtschaftliche Entscheidung nur lauten: Steigerung der Gütererzeugung.

Wir sehen, daß die heutige Wirtschaftsordnung, die zwar die technischen und anderen Möglichkeiten hätte, einen weit höheren als den jetzt gegebenen Bedarf zu decken, es nicht fertig bringt, die vorhandenen menschlichen, natürlichen und mechanischen Kräfte nutzbar zu machen und etwa ein Zehntel aller erwerbsfähigen Menschen von der Arbeit und etwa ein Zehntel aller Volksgenossen von dem gerechten Anteil an dem Arbeitsertrag ausschließt. Wenn die Träger dieser Wirtschaftsordnung nicht imstande sind, diese Zustände zu ändern, oder gar aus privatwirtschaftlichem Interesse heraus diese Zustände noch verschärfen wollen, dann muß die Staatsgewalt in Gemeinschaft mit den Organisationen der Gemeinwirtschaft in das Wirtschaftsgetriebe eingreifen. Diese Erkenntnis dürfte die von der Not betroffenen und von der Not bedrohten Volksschichten veranlassen, sich mehr als bisher um die Handhabung der Staatsgewalt zu kümmern. Diese Kreise haben weiter Veranlassung, sich neben politischer Betätigung auch noch viel mehr als bisher ihren gewerkschaftlichen und vor allem auch den genossenschaftlichen Organisationen zuzuwenden, und die dort gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Frage aller Fragen für die nächsten Jahre ist: Wie beseitigen wir die Arbeitslosigkeit?

Zur Lösung dieser Frage sollte eigentlich die Wissenschaft das meiste beitragen, bis jetzt sind aber aus den Kreisen der Wissenschaft nur ganz zaghafte Anregungen gekommen. Im großen und ganzen steht die Wirtschaftswissenschaft ratlos vor dem Arbeitslosenproblem und vor all den Nöten, unter denen die große Masse des Volkes dauernd leidet. Die Wissenschaft läuft neben oder hinter der Entwicklung her, stellt in unzähligen statistischen Tabellen die gegebenen Tatsachen fest, ohne für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsordnung Vorschläge machen zu können. Die Wissenschaft sucht noch nach Entschuldigungen für die herrschende Wirtschaftskrise. Aufgabe der Wissenschaft wäre es, ohne Rücksicht auf vorgefaßte Lehrmeinungen zu erforschen, wie wir zu einer Wirtschaftsordnung kommen können, in welcher wir unter rationeller Ausnutzung aller Kräfte und Stoffe für die Gesamtheit der Bevölkerung zu einem möglichst hohen wirtschaftlichen Wohlstand, und damit auch zu einer wirklichen Kultur des gesamten Volkes kommen können. Die zünftigen Volkswirtschaftslehrer sind viel zu stark in veralteten Theorien und Auffassungen über Privateigentum befangen, um zu durchgreifenden Vorschlägen zu gelangen. Statt zu prüfen, was möglich und notwendig ist, wird geprüft, ob ein gemachter Vorschlag mit alten Lehrsätzen in Einklang gebracht werden kann. Vorschläge, die von Leuten kommen, die nicht zur Zunft gehören, aber doch als Bodenreformer, Wohnungs- und Siedlungspolitiker einen Namen haben, werden entweder totgeschwiegen oder wie Dr. h. c. Damaschke, Prof. Oppenheimer, Prof. Aerebec und andere als unwissenschaftlich abgetan. Die reinen Wissenschaftler sind von solchen Leuten unangenehm berührt, etwas Positives bieten sie aber nicht.

Bei den maßgebenden Personen in der Politik liegt es ähnlich. Vorschläge von den Bodenreformern, Siedlungspolitikern und von solchen Personen, die unser Genossenschaftswesen zu großen Aufgaben befähigen und die Gemeinwirtschaft fördern wollen, werden auf der einen Seite als sozialistisch bezeichnet und deshalb abgelehnt, weil sie der Auffassung von der Heiligkeit des Privateigentums zuwiderlaufen. Von der anderen Seite werden diese Vorschläge nicht unterstützt, weil sie ja doch keine richtige Sozialisierung darstellen, und zwischen diesen Streitern um Prinzipien gedeiht der Kapitalismus, der immer weitere Kreise enteignet und in seine Knechtschaft zwingt, ganz vortrefflich. Selbst bestehende Gesetze wie die Siedlungsgesetze, werden von den

Interessentengruppen oft mit Unterstützung von Behörden sabotiert. Die jahrelange Verschleppung des Heimstättengesetzes gehört in das gleiche Kapitel. Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß sich die sozialpolitischen Kämpfe in den letzten Jahren hauptsächlich um den Ausbau der Sozialversicherungen und Wohlfahrtseinrichtungen gedreht haben. In dem an sich sicher notwendigen Kampf um den Ausbau dieser Einrichtungen und um die Höhe ihrer Leistungen wurde vielfach vergessen, daß man mit all diesen Einrichtungen nur die Auswirkungen der wirtschaftlichen Verhältnisse mildern kann, daß aber die Ursachen der Not bestehen bleiben. Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege sind auch weiterhin notwendig und ausbaubedürftig. Aber gerade das, was man täglich bei der Durchführung und Anwendung der Gesetze und Einrichtungen sieht, drängt zu der Erkenntnis, daß wir an die Beseitigung der Ursachen herangehen müssen.

Der Umbau unserer Wirtschaftsordnung begegnet gewiß großen Schwierigkeiten und manches von dem, was vorgeschlagen wird, kann sich erst in einigen Jahren auswirken. Aber einmal muß man damit beginnen, neben dem was für den Augenblick nottut, auch das einzuleiten, was unsere wirtschaftliche Entwicklung im Lauf der Jahre in die richtigen Bahnen lenken wird.

Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Frage, wo soll man anfangen? Es besteht die Möglichkeit, an verschiedenen Stellen anzufangen, ja sogar an verschiedenen Stellen zugleich. Als wichtigstes möchte ich in den Vordergrund stellen die landwirtschaftliche Siedlung und den Wohnungsbau.

Auslandsanleihen sind kein Allheilmittel

Hier taucht gleich wieder die Frage auf, woher das Geld nehmen. Bürgerliche Kommunal- und Sozialpolitiker, Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften verlangen Auslandsanleihen. Bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen werden wir ohne Auslandsanleihen nicht

auskommen. Aber lieber etwas zu wenig als zu viel solcher Anleihen; es kann nicht dringend genug vor einer ausschweifenden Anleihepolitik durch Staat und Gemeinden gewarnt werden, weil wir sonst in wenigen Jahren soviel Schuldenzinsen zahlen müssen, als der jährliche Aufwand für die Erfüllung der notwendigen Aufgaben erfordern würde, und die sachlichen Aufgaben bleiben dann erst recht unerfüllt. Es ist auch falsch, beim Volk den Eindruck zu erwecken, als könnte uns durch Auslandsanleihen über alle Schwierigkeiten hinweggeholfen werden. Man kann die Lage Deutschlands mit der Lage einer Bauernfamilie vergleichen, deren Einkommen durch besondere Ereignisse um ein Drittel gekürzt wurde und die nun versucht, durch Borgwirtschaft ihre frühere Lebenshaltung weiterzuführen, statt daß sie versucht, sich im eigenen Betrieb mehr zu erarbeiten und sich soweit als möglich auf den Verbrauch eigener Produktion beschränkt. Als Sozialdemokraten müssen wir noch beachten, daß eine Anleihewirtschaft nicht zu unserer Wirtschaftsauffassung paßt, weil in einem verschuldeten Staat der Kapitalismus immer mächtig ist. Staat und Gemeinden müssen ihren Bedarf soweit als möglich aus eigenen Einnahmen decken und beim Ausbau des Steuersystems darauf achten, daß notwendige Bedarfsartikel des Volkes nicht verteuert werden durch Steuern. Bei unserer wirtschaftlichen Lage ist es aber berechtigt, mit Steuern dort zuzugreifen, wo es sich nicht um notwendige Dinge handelt.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß die Alkoholsteuern in England viel höher sind als bei uns. England hat einen Rückgang im Alkoholkonsum zu verzeichnen, während wir den Friedensverbrauch nahezu wieder erreicht haben. Auch an anderen Dingen läßt sich erkennen, daß es noch Volkskreise gibt, die in der Lage wären, dem Staate mehr zu geben als sie ihm heute geben. Die Arbeiter, die in der Nachkriegszeit so bereitwillig alle Lasten der Sozialversicherung auf sich genommen haben, um ihre erwerbslosen und erwerbsunfähigen Kollegen über Wasser zu halten, wären sicher bereit, vorübergehend eine noch etwas größere Last auf sich zu nehmen, um ihren Kollegen Arbeit und Brot zu schaffen und ihre eigene Arbeitsstelle zu sichern. Es ist ganz unmöglich und volkswirtschaftlich untragbar, den Wohnungsbau in großem Umfange mit Auslandsanleihen zu finanzieren. Der Teil des Bauaufwandes, der nicht durch die Miete verzinst und getilgt werden kann, muß aus laufenden Steuern gedeckt werden.

Statt Unterstützung – Arbeitsmöglichkeit!

Um das landwirtschaftliche Siedlungswesen und den Wohnungsbau in Gemeinschaft mit anderen Hilfsmaßnahmen so zu fördern, daß der Arbeitslosigkeit wirklich wirksam begegnet wird, dürfte es notwendig sein, aus öffentlichen laufenden Einnahmen jährlich mindestens 2000 Millionen flüssig zu machen. Diese Summe wird manchem ungeheuerlich erscheinen! sie ist es aber durchaus nicht, wenn wir bedenken, daß allein die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für das Wirtschaftsjahr 1929/30 für Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Notstandsarbeiten mindestens 1,4 Milliarden ausgibt. Dazu kommt, daß durch die Arbeitslosigkeit auch die anderen Zweige der Sozialversicherung eine höhere Belastung zu tragen haben. Weiter kommt hinzu, daß Staat und Gemeinden mit mindestens 500 bis 600 Millionen für Notstandsarbeiten und Wohlfahrtspflege durch die Massenarbeitslosigkeit belastet sind.

Wir sehen also, daß wir mindestens 2 Milliarden unproduktiv ausgeben, um einigen Millionen Volksgenossen ein kümmerliches Dasein zu ermöglichen. Diese Milliarden müssen denen, die arbeiten, weggenommen werden, ohne daß irgendwo eine Gegenleistung entsteht. Die große wirtschaftliche Aufgabe besteht nun darin, durch Hinzufügung von 1 oder 2 weiteren Milliarden auch diese bis jetzt unproduktiven Milliarden produktiv zu gestalten. Wir müssen aus Unterstützung Lohn machen, dann können für die Hebung des Ertrages in der Landwirtschaft, für Wohnungsbau und Siedlungswesen Arbeiten geleistet werden, die jetzt nicht geleistet werden. Das erfordert fürs erste Opfer, später aber wird sich das in einer in hohem Maße gesteigerten Produktion und in einem erhöhten Wohlstand des ganzen Volkes auswirken. Wenn die Masse des Volkes sieht, daß die Steuern in ihrem Interesse verwendet werden, dann wird der Widerstand ebenso weichen, wie er gegen die Erhöhung der Beiträge für Sozialversicherung gewichen ist. Der Widerstand wird um so mehr weichen, wenn die Arbeiter erkennen, daß dadurch die Lasten für die Sozialversicherung erheblich gesenkt werden können, und in einigen Jahren die zunächst entstehende Last durch Mehrertrag in der Wirtschaft abgelöst wird. Das gleiche dürfte bei einsichtigen Arbeitgebern der Fall sein.

Die für unsere Aufgaben notwendigen 2 Milliarden hätten wir, wenn wir seinerzeit statt der verkrüppelten und vielfach unsozialen Hauszinssteuer eine richtige Entschuldungssteuer eingeführt und dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt hätten. Die damals befürchteten Mieterhöhungen sind doch gekommen, nur nicht zugunsten der Staatskasse und des Wohnungsbaues, sondern in der Hauptsache zugunsten der Haus- und Grundbesitzer. Die Haus- und Grundbesitzer haben durch die Geldentwertung, selbst wenn die sogenannte Aufwertung abgerechnet wird, mindestens 100 Milliarden Hypothekenschulden ohne jede Leistung gestrichen, während andere ihr Vermögen verloren haben. Sie brauchen also die 100 Milliarden nicht zu bezahlen und sparen jährlich 5 Milliarden Zinsen. Auf dieser Summe hätte sich selbst bei weitgehender Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Haus- und Grundbesitzer leicht eine Steuer aufbauen lassen, aus der für den Wohnungsbau und das Siedlungswesen jährlich 2 Milliarden auf etwa drei Jahrzehnte hätten entnommen werden können. Die Hauszinssteuer läßt sich auch heute noch zu einer richtigen Wohnbausteuer umgestalten, zumal wir heute für den Altbesitz schon 120 Prozent der Friedensmiete haben, und die Mieten trotz aller Gesetze weiter steigen werden. Die rückliegenden und kommenden Mietsteigerungen müssen von einer Steuer zugunsten des Wohnungsbaues und Siedlungswesens erfaßt werden und zwar sozial gestaffelt nach der Höhe des Mietwertes. Die Anpassung der Mieten für Altwohnungen an die heutigen Baukosten ist auf die Dauer nicht aufzuhalten. Die Kluft zwischen den Mietern der Altwohnungen und den Bewohnern der neuen Wohnungen ist politisch und wirtschaftlich auf die Dauer nicht tragbar, weil dadurch Leute gleicher Einkommensschicht zu ganz verschiedenen Ausgaben für die Wohnungen gezwungen werden. Der wirtschaftlich gerechte Ausgleich ist dort gegeben, wo die Mieten der Neubauten zwar den heutigen Baukosten, aber nicht dem heutigen Zinsfuß, sondern einem Zinsfuß von höchstens 5 Prozent angepaßt sind; das würde mit den Nebenkosten, so wie vor dem Kriege etwa 7 Prozent der Baukosten als Mietaufwand ergeben. Soweit der Zinsenaufwand 5 Prozent übersteigt, muß er von der Gesamtheit in der Form getragen werden, daß Staat oder Gemeinde einen entsprechenden Teil der Baukosten übernehmen.

Keine Spekulation mit öffentlichen Mitteln

Als Sozialdemokraten und als Bodenreformer müssen wir verlangen, daß überall dort, wo die Förderung durch öffentliche Mittel neue Wohnungen und neue landwirtschaftliche Siedlungsmöglichkeiten geschaffen werden, für alle Zukunft das Eindringen der Bodenspekulanten und Geldwucherer verhindert wird. Die gemeinwirtschaftlichen und bodenreformerischen Grundsätze müssen hier Geltung finden.

Eine richtige Wohnungs- und landwirtschaftliche Siedlungspolitik ist nur möglich mit starken Eingriffen in das unbeschränkte Privateigentum der Grundbesitzer. Der öffentlichen Hand muß ein weitgehendes Enteignungsrecht zustehen.

Niemand hat Anspruch auf einen unverdienten Wertzuwachs, weil Wertzuwachs fast immer durch die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften hervorgerufen wird. Wir müssen ein Bodenrecht erhalten, nach welchem niemand das Recht hat, ohne Arbeit, lediglich gestützt auf den Besitztitel, seinen Nebenmenschen auszubeuten. Billiger Boden gibt billige Wohnungen und gibt die Möglichkeit, gesund und weiträumig zu bauen. Billiger Boden erleichtert dem Landmann seine Existenz, und kein schaffender Landwirt hat Interesse an hohen Bodenpreisen.

Erbnutzungs- und Erbpachtrecht kann an Stelle von Eigentum treten. Die Frage ob und in welchen Fällen der Großgrundbesitz wirtschaftlicher ist als Bauerngüter in richtiger Größe, braucht hier nicht erörtert zu werden. Eines aber sei festgestellt, daß intelligente und strebsame Menschen sich und ihre Kinder nicht dauernd als Landarbeiter an die Scholle fesseln lassen. Es muß die Möglichkeit für sie bestehen, einmal selbständig zu werden. Solche Leute werden ihre Kräfte nur dann einsetzen und die Beschwernisse des landwirtschaftlichen Betriebes auf sich nehmen, wenn die Frucht einer opfervollen Arbeit ihnen selbst zugute kommt. Was den Landarbeiterstand jetzt so unerträglich macht, ist das Fehlen jeder Aufstiegsmöglichkeit nicht nur für sich, sondern auch für die Nachkommen. Wir müssen nach einer wirtschaftlichen Organisation streben, bei der die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und Bauern wirklich menschenwürdig sind. Es steht unzweifelhaft fest.

daß viele Gutsbesitzer auch bei den heute gegebenen Verhältnissen ihren Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bewilligen könnten. Es steht aber auch fest, daß sie bei dem jetzigen Stand der Preise und Produktionsmethoden nicht in der Lage sind, an Lohn und Arbeitszeit das zu gewähren, was in der Industrie von den Gewerkschaften errungen wurde. Der deutsche Bauer steht nicht nur in Konkurrenz mit fortgeschrittenen Ländern wie Holland, Dänemark und Schweden, sondern auch mit Ländern größerer Bodenertragsfähigkeit, wie Frankreich und einigen amerikanischen Ländern und mit Ländern, wo die Bauern wie auf dem Balkan und in Polen auf einer sehr tiefen Stufe der Lebenshaltung stehen. Diesen Tatsachen muß bei der Umgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsmethoden und den erforderlichen staatlichen Maßnahmen Rechnung getragen werden. Wer dem Landwirt helfen will, muß von den politischen Agitationsmethoden der letzten Jahrzehnte abkommen. Von politischen Agitatoren wurde der Bauer in den Glauben versetzt, daß man nur einige Gesetzesparagraphen zu ändern brauche, und ihm sei geholfen, während gerade beim Bauer sehr vieles durch Selbsthilfe geschehen muß.

Die Landwirte müssen sich nach ausländischen Beispielen durch genossenschaftliche Organisation für den Ankauf ihrer Bedürfnisse, für die Anwendung von Maschinen, Schaffung von gemeinsamen Einrichtungen für die Verwertung und den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten weitgehend selbst helfen.

Damit gewinnen die Bauern auch Einfluß auf die Preisbildung, während jetzt die Preise für ihre Produkte durch andere Faktoren, sehr oft durch gewissenlose Börsenspekulationen, bestimmt werden. Der deutsche Bauer hat gegenüber der ausländischen Konkurrenz immer den Vorteil, daß seine Produkte auf dem Wege zum Konsumenten mit weniger Fracht und anderen Unkosten belastet sind als die des Auslandes. Durch Selbsthilfe und entsprechende staatliche Maßnahmen kann erreicht werden, daß der Bauer in eine bessere Lebenslage kommt und der Konsument erträgliche Preise hat. Rationalisierung des Betriebes, Ertragssteigerung und Anpassung an die Marktbedürfnisse

muß das Ziel aller Landwirte und ihrer Organisationen sein. Landwirte und Konsumenten müssen volkswirtschaftlich denken und handeln lernen. Landwirtschaftliche Genossenschaften und die Konsumvereine müssen zusammenarbeiten.

Produktive Agrarpolitik

Wir können neben landwirtschaftlichen Neusiedlungen landwirtschaftliche Großbetriebe, dort wo sie zweckmäßig sind, weiter bestehen lassen und doch auf einige Jahrzehnte jährlich 15 000 bis 20 000 Bauern neu ansiedeln. Wir haben für dieses Vorgehen ein gutes Beispiel an Dänemark. Daß diese Siedlungsmöglichkeit besteht, beweist die landwirtschaftliche Betriebsstatistik; wir haben in Deutschland 4542 Betriebe mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche. Insgesamt verfügen diese Betriebe über 1 462 000 Hektar, die durchschnittliche Betriebsgröße ist 321 Hektar. Läßt man jedem Betriebe 100 Hektar, so bleiben für Siedlungszwecke 1 013 000 Hektar. Rechnet man für eine Siedlungsstelle im Durchschnitt 12 Hektar (48 preußische Morgen) so ergibt sich, daß wir 309 000 Siedlungsstellen schaffen können. Wenn man in Betracht zieht, daß in Dänemark im Durchschnitt nur 9 Hektar gegeben werden und die dortigen Siedler zugeben, daß sie in der Regel nicht in der Lage sind, ihren Boden voll auszunutzen und wenn man weiter bedenkt, daß sich überall da wo sich Bauern niederlassen auch Handwerker und andere Gewerbetreibende sowie Landarbeiter für die noch bestehenden Großbetriebe niederlassen, so ergibt sich, daß die Zahl der Siedler in Wirklichkeit bedeutend höher sein kann als 309 000. Aber nicht nur durch Neusiedlung kann die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten erhöht werden, sondern auch durch Ertragssteigerung auf der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Mancher gewerbliche Arbeiter könnte seine Arbeitsstelle aufgeben, wenn er den in seinem Eigentum befindlichen Boden richtig ausnützen würde. Das Ausscheiden dieser Bodenbesitzer aus den Reihen der Erwerbstätigen wäre nützlicher als das Ausscheiden der Doppelverdiener und sozial mehr gerechtfertigt.

Durch eine richtige Bodenbesteuerung können dem schaffenden Landwirt Erleichterungen gewährt werden und die Personen, die ihren Boden vernachlässigen, genötigt werden entweder ihren Boden zu bearbeiten oder wenn sie das nicht wollen den Boden einem anderen zur Bearbeitung zu überlassen.

Für die Arbeiter und Angestellten ist die wirtschaftliche Hebung des Bauernstandes und die Vermehrung der in der Landwirtschaft tätigen Personen deshalb wichtig, weil dadurch der industrielle Arbeitsmarkt entlastet wird und neue, zahlungsfähige Abnehmer für Industrieprodukte entstehen.

Nur wenn der Landwirt und die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ein menschenwürdiges Dasein führen können, werden sich auch die Menschen finden, die bereit sind dort zu arbeiten. Die Schaffung von 15 000 bis 20 000 Bauernstellen mit ihren Einrichtungen gäbe Beschäftigung für das Baugewerbe und die Industrie. Der landwirtschaftliche Ertrag wird gesteigert, unser Einfuhrbedarf gesenkt und damit unsere durch die Tributpflicht erschwerte Lage erleichtert. Unsere wirtschaftliche Lage erfordert, daß wir uns immer mehr auf unsere inländische Produktion stützen, diese fördern und schützen. Wenn die anderen Länder, und vor allem Amerika, sich durch Zölle und Einfuhrsteuern, die in Einzelfällen 45 Prozent des Warenwertes erreichen, abschließen, so kann daran auch ein prinzipieller Anhänger des Freihandels nicht achtlos vorübergehen. Es ist auch ein unsinniger Zustand, daß wir mit Staatsgeldern die Roggenausfuhr fördern und dafür mit großem volkswirtschaftlichen Verlust ausländischen Weizen einführen. Wir können unsere landwirtschaftliche Produktion so steigern, daß wir für all diese Produkte, die auf unserem Boden und bei unserem Klima gedeihen, vom Inland versorgt werden. An dieser Stärkung des Inlandmarktes kann uns niemand hindern, so wie uns auch niemand hindern kann alle anderen Kräfte im Inlande zur Steigerung unseres Wohlstandes nutzbar zu machen; niemand kann uns hindern, den Wohnungsbau durch vernünftige Organisation der Arbeit auszudehnen und im Laufe der Jahre jedem der danach strebt, eine gesunde Woh-

nung zu geben. Wir müssen eine Wirtschaftsordnung schaffen, in der jeder daran arbeiten kann, wirtschaftlich und kulturell emporzusteigen. Durch den Wohnungsbau, landwirtschaftliche Siedlung und jeden neuen Industriezweig (Holzfaserverwertung, Kohlehydrierung) würden wiederum andere Industriezweige belebt.

Steuern, die nützen

Dafür aber höhere Steuern?, sagt der Miesmacher. Wie steht es nun damit? Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie durch vorübergehend höhere Steuern die Lasten der Sozialversicherung dauernd gesenkt würden. Wie durch neue Arbeit wirkliche Arbeitsgelegenheit und damit neue Quellen des Wohlstands geschaffen werden. Gehen wir aber zunächst einmal von der Voraussetzung aus, daß der tätige Arbeiter mit monatlich 5 Mark mehr Steuern belastet wird als bisher. Wir können diese Steuer Siedlungs- oder Produktionssteuer nennen. Nehmen wir als Beispiel einen Möbelschreiner: durch die Steuererhöhung von 5 Mark monatlich wird zunächst sein Lebensmittelspielraum beengt. Das Geld fließt in den Wohnbaukassen zusammen, geht von dort in das Kohlengebiet, von wo mehr Kohlen gefördert werden, geht in die Eisen- und Hüttenwerke, in die Backstein- und Zementfabriken, in Ziegeleien und auf Holzplätze, dann in das eigentliche Baugewerbe und macht überall aus Arbeitslosen und Halbkonsumenten Vollkonsumenten, aus Beziehern öffentlicher Unterstützungen Steuer- und Beitragszahler. Es entstehen neue Wohnungen und neue Siedlungsmöglichkeiten für Landwirte. In die Wohnungen ziehen Leute ein, die bis jetzt keine Wohnung und vielleicht auch keine Arbeit hatten, die jetzt, da sie Arbeit haben, auch etwas an Möbeln beschaffen können und der Möbelschreiner, der etwas mehr Steuern bezahlen mußte, hat schließlich das ganze Jahr Arbeit, während er sonst wochenlang Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte. Das Beispiel ließe sich auf jede beliebige Erwerbsgruppe anwenden. Angestellte, die sonst zur Entlassung gekommen wären, werden weiterbeschäftigt. Der Geldumlauf wirkt belebend auf Landwirtschaft und

Industrie; das Geld kommt in rascheren Umlauf und erfüllt in seinem Kreislauf einige Funktionen mehr als bisher. Um das zu erreichen, muß der Staat über Geld verfügen können, der Staat muß das Geld dorthin lenken wo es sich produktiv auswirkt. Die Lage der Arbeiter und Angestellten ist nicht durch die Steuern eine so gedrückte.

Was dem Arbeiter und Angestellten das Leben verbittert, ist der furchtbare Druck der Existenzunsicherheit, und um diesen Druck von ihm zu nehmen, ist eine vorübergehende Belastung derjenigen, die eine Existenz haben, nicht zu umgehen.

Wer nicht in sicherer Existenz steht, dessen Existenz wird bei der Durchführung der Vorschläge gesichert werden. Wer jetzt in sicherer Existenz und festem Gehalt steht, muß sich zur Übernahme einer kleinen Belastung bereitfinden, denn seine sichere Existenz ruht ja nur auf den Schultern der anderen. Die festangestellten Lohn- und Gehaltsempfänger sind jetzt von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit. Wenn die Massenarbeitslosigkeit aber nicht bald schwindet, wird man dazu kommen auch diese Kreise zur Beitragsleistung heranzuziehen. Wenn man nicht dazu kommt, wirklich neue Arbeit zu schaffen, sondern so wie bisher sich damit begnügt, die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Belastungen von der einen Schulter auf die andere zu legen, dann wird schon die Finanzlage des Reiches dazu führen, daß alle Beamten und Angestellten zur Beitragsleistung herangezogen werden und es dürfte schon aus diesem Grunde rationeller sein zur Hebung der Produktion eine vorübergehende Leistung auf sich zu nehmen.

Weitere Möglichkeiten

An öffentlichen Aufgaben sind neben dem Wohnungsbau und dem Siedlungswesen noch zu nennen, der Ausbau unserer Eisenbahnen und Straßen, der Ausbau unserer Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und im gesundheitlichen Interesse ein weiterer Ausbau

der Kanalisation in den dicht besiedelten Orten. Bis wir unser Land richtig besiedelt und in Kultur gebracht haben, bis alle Familien eine gesunde Wohnung haben, bis an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen das Erforderliche geschaffen ist, haben wir auf Jahre hinaus Arbeit, und durch eine richtige Steuergesetzgebung lassen sich auch die erforderlichen Mittel schaffen, zumal auf der anderen Seite große Ersparnisse in der Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtspflege gemacht werden. Das, was geschaffen wird, erhöht von Jahr zu Jahr den Ertrag unserer Wirtschaft, erhöht die Zahl der Steuer- und Beitragszahler und vermindert die Zahl der Erwerbslosen und erleichtert somit fortgesetzt die von dem Einzelnen zu tragende Last, um sie in immer höherem Maße fruchtbringend zu gestalten. Es gilt nur die Last, die wir jetzt durch die Massenarbeitslosigkeit zu tragen haben, auf einige Jahre etwas zu erhöhen, um aus einer unproduktiven Last etwas produktives zu gestalten. Also nicht Steuerabbau, sondern mehr Steuern müssen wir fordern.

Es ist unser aller Pflicht, die menschenzerrüttende, staatsgefährdende und kulturfeindliche Arbeitslosennot von der Masse zu nehmen und die vorhandenen Kräfte aufbauend zu gestalten.

Für diese Umorganisation darf man aber nicht alles von der Staatsgewalt erwarten. Der Gemeinwirtschaft vor allem in den Genossenschaften, dann in Staat und Gemeinden sind große Aufgaben gestellt. Unsere Konsumgenossenschaften haben die Aufgabe, im Handel preisregulierend zu wirken und durch Eigenproduktion in immer größerem Umfange die Bedarfsdeckung ihrer Mitglieder zu übernehmen. Wenn wir eifrige und treue Genossenschafter werden und unsern Bedarf dort decken, so können wir aus eigenem Willen einen großen Teil unserer Wirtschaft sozialisieren. Durch Zusammenfassung der Spargroschen der Arbeiter können den Konsumgenossenschaften die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden für die Errichtung weiterer Fabriken. Zu den bestehenden Bäckereien, Schlächtereien, Mühlen, Seifenfabriken, Konfektionsschneidereien usw. können noch mehr Betriebe solcher Art treten. Es können hinzutreten: Spinnereien, Webereien, Schuhfabriken, Möbelfabriken, so daß alles was man als Lebensbedarf bezeichnet, aus

eigenen Betrieben kommt. Die Genossenschaften übersehen ihren Bedarf, sie können deshalb rationell arbeiten, haben keine unnötig hohen Anlagekosten, haben nicht den wahnsinnigen Reklameaufwand, die Waren werden entsprechend billiger, der einzelne kann mehr kaufen, es steigt der Verbrauch und damit wird mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen. Starke Genossenschaften sind der beste Preisregulator in Handel und Produktion.

Die Bewirtschaftung der mit öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen sollte man immer mehr den Baugenossenschaften übertragen. Bei richtiger Selbstverwaltung wird dann den Bewohnern auch Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gemeineigentum anerzogen.

Mehr Gemeinsinn und Gemeinschaftswille!

Zur Erreichung einer erfolgreichen und umfassenden Gemeinwirtschaft gehört der Wille zur Gemeinwirtschaft, dann aber auch gemeinwirtschaftliches Pflichtgefühl. Erst wenn dieses Pflichtgefühl alle leitenden Personen, alle in den Betrieben beschäftigten und die Mitglieder erfaßt, wird die Gemeinwirtschaft Großes leisten. Beides, Gemeinwirtschaft und Gemeinsinn muß und kann nur miteinander wachsen. Aus den Fehlern, die auch in der Gemeinwirtschaft in den letzten Jahren gemacht wurden, wollen wir lernen; durch das Geschrei, daß in der kapitalistischen Presse über wirkliche und vermeintliche Fehler angestimmt wird, dürfen wir uns nicht beirren lassen. Die Privatwirtschaft hat noch viel größere Fehler gemacht. Hätte unsere Wirtschaft das Kapital zur Verfügung, das in Privatbetrieben seit dem Kriege nutzlos in jetzt stillgelegten Betrieben festgelegt wurde, das Kapital das nutzlos in Konkurrenzkämpfen verpulvert wurde, so könnten wir für die nächsten Jahre mit wenig Auslandsanleihen auskommen. Es sei in diesem Zusammenhange nur an die Kohlenindustrie, Zementindustrie, Bank- und Handelspaläste erinnert. Es darf niemand glauben, daß diese Fehler und Fehlleistungen von Kapital das übrige Publikum nicht berührten. Alles das wirkt sich auf die Preisbildung

aus. Jeder Zentner Kohle, jeder Sack Zement ist belastet mit der Verzinsung des Anlagekapitals der stillgelegten Betriebe.

Vom Staat muß eine schärfere Überwachung der Syndikate gefordert werden,

damit die Preisbildung im Interesse des Volkes eine gerechte wird. Staat und Gemeinden müssen die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser fest in die Hand nehmen. Um den Wohnungsbau billiger zu gestalten müssen für die Baustoffbeschaffung und den Bau gemeinwirtschaftlicher Organisationen in Aktion treten. In der Großindustrie müßte sich der Staat durch Beteiligung, Einsicht, Einfluß und schließlich Gewinnbeteiligung verschaffen. Alles das erfordert eine richtige Steuerpolitik, denn wenn Staat und Gemeinden ihre Funktionen richtig ausüben sollen, dann müssen sie die Mittel dazu haben. Es war ein für Regierung und Volk gleich unwürdiger Zustand, daß Staat und Gemeinden in die Abhängigkeit vom Bankkapital kamen.

Eine gesunde Finanzlage von Staat und Gemeinden ist nur zu erreichen durch eine wirklich volkswirtschaftlich und sozial orientierte Steuergesetzgebung. Damit wir zu einer solchen Steuergesetzgebung und damit auch zu einer richtigen Volkswirtschaft kommen, ist es notwendig, daß die Minderbemittelten sich dafür einsetzen, weil nur auf diesem Wege und nicht mit den bisher angewandten Mitteln und auch nicht durch Erfüllung der üblichen Forderungen die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann.

Referenten-Material

für die Sozial-Versicherung

Gut durchgearbeitetes Material für Vorträge über

DIE KRANKENVERSICHERUNG

DIE UNFALLVERSICHERUNG

DIE INVALIDENVERSICHERUNG

bearbeitet von Dr. h. c. H. NEUMANN, Präsident der Landesversicherungsanstalt Hessen

Die Vortragsmappe in handlichem Format kostet Mark 1.—

Zu beziehen durch den

ORTSAUSSCHUSS DES ADGB. IN DARMSTADT

Bismarckstraße 19 II.